

# Fortschritt gibt es nur mit gesellschaftlichen Auseinandersetzungen

von Joachim Schuster



☞ **Dr. Joachim Schuster**, Jahrgang 1962, ist promovierter Politikwissenschaftler. Er war über viele Jahre in der Bremer Landespolitik aktiv, u.a. als umweltpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion in der Bremischen Bürgerschaft und von 2006-2011 als Staatsrat für Arbeit, Jugend und Soziales. Seit dem Jahr 2014 ist er Mitglied des Europäischen Parlaments und arbeitet dort aktuell u.a. im Wirtschaftsausschuss.

Foto: [www.joachim-schuster.eu](http://www.joachim-schuster.eu)

„Mehr Fortschritt wagen“, das verspricht der Koalitionsvertrag der neuen Ampelregierung in Berlin. Und auf dem Sonderparteitag der SPD hat Olaf Scholz die Messlatte nochmals höher gehängt. Demnach soll mit der neuen Regierung ein Aufbruch gelingen, der vergleichbar mit dem Aufbruch der sozialliberalen Koalition unter Willy Brandt 1969 ist. Es geht ihm um die Schaffung eines neuen gesellschaftlichen Konsenses. Und es solle eine Regierung werden, die freundschaftlich zusammenarbeitet und die wiedergewählt werden will.

Leider gibt der vorliegende Koalitionsvertrag nur bedingt darüber Auskunft, welche Substanz und welche Richtung der Fortschritt haben wird. Auf den 177 Seiten sind vielfältige Versprechen und Vorhaben aufgelistet. Jede Partei konnte einige Pflöcke einschlagen. Trennendes wurde in vielfältig interpretierbaren Formulierungen umschrieben. Ohne Zweifel wäre mit der Realisierung mancher Vorhaben eine gesellschaftliche Erneuerung und Modernisierung Deutschlands verbunden. Das gilt für die anvisierte Stärkung demokratischer Rechte, der Genderpolitik, der Entbürokratisierung sowie der Asyl- und Migrationspolitik. All dies sind Elemente einer notwendigen gesellschaftlichen Modernisierung, der sich die Unionsparteien in den letzten Jahren strikt verweigert haben.

Aber für Fortschritt, der allen dienen soll, wie Norbert Walter-Borjans auf dem Sonderparteitag betonte, wäre es zusätzlich erforder-

lich, sich von den neoliberalen Prämissen in der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik dauerhaft zu verabschieden. Und natürlich kann das Etikett Fortschritt nur verliehen werden, wenn der klimaneutrale Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft energisch vorangetrieben wird, um das sehr ambitionierte Ziel, die Erderwärmung nicht über 1,5 Grad steigen zu lassen, möglichst zu erreichen.

## Zur sozialen Gerechtigkeit viele Fragen offen

Allgemein heißt es, dass die SPD viele Punkte verankern konnte, die soziale Gerechtigkeit stärkt. Das ist richtig, aber eine Abkehr von neoliberalen Prämissen findet sich nur selten. Auf der Positivseite ist die Verabredung, den Mindestlohn auf 12 Euro zu erhöhen, von herausragender Bedeutung, auch wenn darauf verzichtet wird, das Jahr der Umsetzung anzugeben. Mit der Weiterentwicklung der Grundsicherung/Hartz IV zum Bürgergeld werden ebenfalls wichtige Reformen vereinbart, etwa zur Schonung von Vermögen, der Angemessenheit der Wohnungskosten und zur Förderung von Weiterbildung. Allerdings wird kein Wort zur notwendigen, deutlichen Anhebung der Regelsätze verloren, ohne die es auch in Zukunft keine armutsfeste Grundsicherung gibt. Zudem sollen Sanktionen als angeblich notwendige Anreize, damit sich Arbeitslose nicht in der sozialen Hängematte ausruhen, erhalten bleiben.

Bedeutsam ist auch das Vorhaben, eine Kindergrundsicherung einzuführen, wobei die Koalition beabsichtigt, auch das Kindergeld in die neue Leistung zu integrieren. Damit ergibt sich die Chance, die Förderung von Kindern grundlegend neu aufzustellen und eine Struktur zu errichten, die wirklich die Potentiale bietet, Kinderarmut zu verbannen. Leider sagt der Vertrag nichts über die dann notwendige deutliche Anhebung des Unterstützungsniveaus. Kinderarmut zu beseitigen, ist teuer.

Der vereinbarte Schritt, das Rentenniveau nicht abzusenken und den Beitragssatz zur Rentenversicherung auf 20 Prozent zu deckeln, liest sich zunächst ganz gut. Vergessen wird aber, dass ein Rentenniveau von 48 Prozent schon heute für viele Rentner\*innen nicht armutsfest ist. Zudem beabsichtigt die Koalition, die kapitalgedeckte Rente zu stärken. Diese ist erstens deutlich weniger krisenfest als die Umlage-Rente. Zweitens bedeutet die Umstellung, dass die jetzige Generation der Beitragszahler\*innen nicht nur die Rente der jetzigen Alten finanzieren soll, sondern auch noch verstärkt verpflichtende Rücklagen für die eigene Rente bilden soll. Von einer Fusion der verschiedenen Altersvorsorgesysteme (berufsständische Systeme, Pensionsvorsorge, Einbeziehung der Selbständigen) findet sich nichts.

Unzureichend sind die auch Passagen zur Krankenversorgung und Pflege. Kein Wort zu der notwendigen Zusammenführung von privater und gesetzlicher Krankenversicherung. Ebenso wenig Konkretes zur Finanzierung einer besseren Ausstattung der Krankenhäuser und für die aufgelisteten Reformvorhaben in der ambulanten und stationären Versorgung.

Auf halbem Wege stehen bleibt auch der Wohnungsbau. Es ist ja schön, dass der Koalitionsvertrag verspricht, dass jährlich 400.000 Wohnungen neu gebaut werden sollen und davon 100.000 sozial gefördert werden sollen. Der/die geneigte Leser\*in vermisst allerdings konkrete Aussagen, wer baut, wer finanziert und wo die benötigten öffentlichen Mittel herkommen. Und geht es um zusätzlichen Wohnungsbau über die Vorhaben der Kommunen und Länder hinaus?

Unterm Strich sind sicherlich viele Verbesserungen in der sozialen Sicherung verabredet. Notwendige Strukturveränderungen der sozialen Sicherungssysteme sollen aber nur partiell angegangen werden. Und die entscheidende Frage der Finanzierung des Ganzen bleibt offen. Das ist umso schwerwiegender, als dass es in diesen Bereichen weniger um neue Investitionen geht, sondern um eine Steigerung konsumtiver Ausgaben. Werden die gemachten Versprechungen ernst genommen, geht es um einen mittleren zweistelligen Milliardenbetrag jährlich, der zusätzlich aufzubringen wäre.

## Die vereinbarte Klimawende

Auch im Klimaschutz gibt der Koalitionsvertrag ein gemischtes Bild ab. Einerseits bekennt sich die Koalition zu einer konsequenten Klimapolitik und weist dabei der Transformation der Wirtschaft einen herausgehobenen Stellenwert zu. Dabei wird auch eine umfangreiche industriepolitische Förderung des Staates verabredet, die für einzelne Sektoren durchaus konkretisiert wird. Bemerkenswert ist, dass keine Sektor-Konzepte für die energieintensiven Industrien aufgenommen sind. Aber auch in diesem Kapitel ist vieles sehr interpretationsfähig formuliert. Berühmtheit hat die Passage zur Nutzung von Kohle erlangt, die bekanntlich „idealerweise“ nicht über 2030 hinaus erfolgen soll. Richtigerweise legt der Vertrag Wert auf einen erheblich beschleunigten Ausbau regenerativer Energien und die energische Förderung von grünem Wasserstoff.

Mehrere Passagen betonen die Förderung privatwirtschaftlichen Engagements, wobei aber leider das Verhältnis zu staatlichen Vorgaben und Förderung nebulös bleibt. So richtig es ist, privates Engagement zu fördern, so unerlässlich ist es jedoch auch, dies durch regulatorische Rahmensetzung und umfangreiche öffentliche Infrastrukturinvestitionen zu begleiten. Die Landwirtschaft wird kaum mit stringentem Klimaschutz verbunden. Und in der Verkehrspolitik hat es schon den ersten öffentlichen Streit gegeben, als der designierte Verkehrsminister Wissen darlegte, dass er keineswegs gewillt ist, die klimapolitisch nicht begründbare Förderung von Dieselauto zu streichen.

Das größte Defizit des Koalitionsvertrages ist allerdings auch hier, dass in keiner Weise beziffert wird, welche Dimension die staatliche Förderung für den klimaneutralen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft annehmen soll, in welchem Umfang öffentliche Investitionen für erforderlich gehalten werden und wie dies alles finanziert werden soll. Im Minimum wird auch hier ein mittlerer zweistelliger Milliardenbetrag jährlich für öffentliche Investitionen benötigt.

## Finanzierungsaussagen bleiben unzureichend

Der Koalitionsvertrag ist unterm Strich milliardenschwer. Gesetzt ist allerdings auf Drängen

der FDP das neoliberale Dogma, dass es keine substantiellen Steuererhöhungen geben darf und die Schuldenbremse weiter gelten soll. Damit hat die FDP dafür gesorgt, dass ihr Klientel nichts abgeben muss und die gravierende Umverteilung der letzten beiden Jahrzehnte noch nicht einmal ansatzweise korrigiert wird.

Da aber auch den Verhandler\*innen wohl bewusst war, dass es wenig Sinn macht, die Quadratur des Kreises zu beschließen, wurden ins Finanzierungskapitel zumindest vielfältige Möglichkeiten zur Umgehung der nationalen Schuldenbremse aufgenommen, deren Verfassungskonformität - etwa im Falle der Nutzung von bisher nicht ausgenutzten Kreditermächtigungen aus den Jahren 2021 und 2022 - allerdings manchmal zweifelhaft ist.

Zudem könnte die Ausnutzung von Schattenhaushalten über öffentliche Betriebe und die Bildung vom Haushalt getrennter Investitionsfonds der europäischen Schuldenbremse widersprechen, weil diese bei Überschreitung des Schuldenstandszieles von 60 Prozent des BIP recht strenge Regeln zur Rückführung dieses Defizites vorsieht. Und laut Koalitionsvertrag soll die europäische Schuldenbremse beibehalten werden. Aber natürlich gibt es auch für das europäische Regelwerk sehr interpretierbare Formulierungen. Das ist gut so. Denn ohne eine zumindest kluge Neuinterpretation des Regelwerkes, die eine Abkehr von der europäischen Austeritätspolitik beinhalten muss, wird die EU spätestens in der Mitte der 20er Jahre in eine tiefe Krise rutschen.

Der Finanzteil suggeriert insgesamt, es sei möglich, alle Reformen ohne substantielle Änderungen der nationalen und europäischen Schuldenbremsen und ohne eine Reform der Steuerpolitik zu realisieren. Bei den investiven Bedarfen mögen die Umgehungen der Schuldenbremsen vielleicht noch ausreichen. Für die Finanzierung der sozialen Reformen steht dieser Weg aber nicht offen. Und es wird nicht ausreichen, innerhalb des bestehenden Haushaltes umzuschichten.

## Auf die Umsetzung kommt es an

Die vielen interpretierbaren Passagen im Koalitionsvertrag können letztlich nicht verwun-

dern. Anders wäre es nicht möglich, in so kurzer Zeit ein Regierungsbündnis mit drei Parteien, die in wichtigen Fragen im Grunde gegensätzliche Auffassungen und Konzepte vertreten, zu schmieden. Aber sämtliche Alternativen zur Ampel wären noch weniger wünschenswert.

Es ist noch offen, ob das neue Ampel-Bündnis wirklich mehr Fortschritt wagen wird und wer von dem Fortschritt profitiert. Die zum Teil euphorischen Einschätzungen auf dem außerordentlichen Parteitag der SPD entspringen eher einem Wunschdenken und der Freude über das Ende der GroKo als den Vereinbarungen des Koalitionsvertrages. Zu erwarten sind schon sehr bald grundlegende Auseinandersetzungen im Regierungsbündnis über den neuen Kurs. Die Festlegung, die Umverteilungspolitik der letzten Jahrzehnte nicht zu korrigieren und damit neoliberale Prämissen der vergangenen Jahre beizubehalten, muss im Laufe der Zeit korrigiert werden. Denn ohne Umverteilung wird es wenig sozialen Fortschritt geben. Und gerade für die SPD ist es von zentraler Bedeutung, hier zu punkten. Das Wahlergebnis der SPD speist sich auch aus der Auffassung vieler Wähler\*innen, dass die SPD deutlich stärker für soziale Gerechtigkeit steht als die anderen Parteien. Und dieser Vertrauensvorsprung darf nicht verspielt werden.

Medial werden die ersten aktuell sichtbaren Konflikte als Streit zwischen den Grünen und der FDP dargestellt, garniert mit Mutmaßungen, dass sich die SPD mit Scholz an der Spitze in wichtigen Fragen mit der FDP verbündet habe. Es wird daher auch viel darauf ankommen, dass der neue Kanzler Scholz und die SPD-Bundestagsfraktion sich nicht moderierend im Hintergrund halten, sondern offensiv die sozialdemokratische Interpretation des Vertrages durchsetzen. Das wird nur in offensiven gesellschaftlichen Auseinandersetzungen gemeinsam mit fortschrittlichen Bündnispartnern aus der Zivilgesellschaft erfolgreich sein.

Nur dann hat die Ampel die Chance, Fortschritt, der allen dient, zu gestalten. ■